

Stefan Schiman

Kräftige Inlandsnachfrage hält noch etwas an

Prognose für 2017 und 2018

Kräftige Inlandsnachfrage hält noch etwas an. Prognose für 2017 und 2018

Die Inlandsnachfrage expandiert zur Zeit kräftig, die Steuerentlastung fördert eine Ausweitung des Konsums dauerhafter Güter wohl noch bis Mitte 2017. Die Investitionen werden 2016 von Fahrzeuganschaffungen getrieben, sodass die heimische Produktion weniger davon profitiert. Mit dem Auslaufen der Steuerreformeffekte und dem Anziehen der Inflation wird sich das Wachstum etwas verlangsamen, da die hohe Arbeitslosigkeit die Konsumbereitschaft dämpft und die Auslandsnachfrage nur mäßig zunimmt. Trotz robuster Beschäftigungsexpansion übertrifft der Arbeitskräftezustrom weiterhin die Absorptionsfähigkeit des Arbeitsmarktes; die Arbeitslosenquote steigt.

Solid Domestic Demand Set to Last Awhile. Economic Outlook for 2017 and 2018

Domestic demand is rising swiftly, fuelled by the income tax cuts, which should drive purchases of durable consumer goods well until the middle of 2017. Investment in 2016 was largely concentrated on motor cars, benefitting domestic production to a lesser extent. As the effects of the tax reform taper off and inflation picks up, growth is set to lose some momentum, with high unemployment weighing on consumption and foreign demand rising only moderately. In spite of robust employment growth, job creation cannot keep pace with the access of new labour, keeping the jobless rate on the rise.

Kontakt:

Stefan Schiman, MSc:

WIFO, 1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, stefan.schiman@wifo.ac.at

JEL-Codes: E32, E66 • **Keywords:** Konjunkturbericht, Konjunkturprognose

Die Konjunkturprognose entsteht jeweils in Zusammenarbeit aller Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des WIFO. Zu den Definitionen siehe "Methodische Hinweise und Kurzglossar", in diesem Heft und <http://www.wifo.ac.at/wwadocs/form/WIFO-Konjunkturbericht-erstattung-Glossar.pdf> • Abgeschlossen am 14. Dezember 2016.

Wissenschaftliche Assistenz: Astrid Czaloun (astrid.czaloun@wifo.ac.at), Maria Riegler (maria.riegler@wifo.ac.at)

Die Nachfrage wächst in Österreich zur Zeit kräftig. Die privaten Haushalte weiten ihren Konsum aufgrund der Einkommenssteigerungen durch die Steuerentlastung aus, und die Unternehmen vieler Branchen verzeichnen eine Verbesserung ihrer Lage. Dies überträgt sich aber nur zum Teil auf die Herstellung von Waren in Österreich, zumal 2016 vor allem Kraftfahrzeuge angeschafft werden und diese zum Großteil importiert werden oder vorrätig sind. Zudem schrumpft die Exportnachfrage aus den USA und aus den MOEL 5 (Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien, Slowakei); derzeit stützt besonders der Außenhandel mit dem Euro-Raum die Warenausfuhr. Das außenwirtschaftliche Umfeld wird sich insgesamt etwas verbessern, wenn die Investitionsschwäche in den USA abklingt und die Förderungen des mehrjährigen EU-Finanzrahmens wieder fließen, die den Investitionszyklus einiger ostmitteleuropäischer Länder stark beeinflussen.

Günstiger als die Warenausfuhr entwickeln sich die Tourismusexporte. Die Nachfrage nach diesen Dienstleistungen wirkt wenig produktivitätssteigernd und hat daher einen starken Beschäftigungseffekt, erzeugt aber gleichzeitig einen erhöhten Preisdruck. Daher liegt die Inflationsrate weiterhin über dem Durchschnitt des Euro-Raumes, 2016 aber zum zweiten Mal in Folge unter 1%. Aufgrund der Annahme einer Rohölverteuerung auf 57 \$ je Barrel zieht sie 2017 auf 1,7% an, sodass die realen Bruttolöhne pro Kopf stagnieren. Die Nettolöhne erhalten 2016 einen positiven Impuls durch die Steuerentlastung und werden danach von der kalten Progression wieder etwas gedämpft. Die Beschäftigung expandiert 2016 schneller als im Vorjahr. Da sich gleichzeitig der durch die Arbeitsmarktöffnung verstärkte Zustrom aus Osteuropa verlangsamt, steigt die Arbeitslosigkeit kaum. In den kommenden Jahren wird sie aber wieder zunehmen, hauptsächlich aufgrund der Arbeitsmarktpräsenz von Asyl- und subsidiär Schutzberechtigten.

Übersicht 1: Hauptergebnisse der Prognose

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %						
Bruttoinlandsprodukt, real	+ 0,1	+ 0,6	+ 1,0	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,4	
Herstellung von Waren	+ 0,3	+ 1,6	+ 1,8	+ 2,0	+ 2,3	+ 2,3	
Handel	- 2,1	+ 2,0	+ 0,6	+ 2,5	+ 2,3	+ 2,0	
Private Konsumausgaben, real ¹⁾	- 0,1	- 0,3	- 0,0	+ 1,5	+ 1,2	+ 1,1	
Dauerhafte Konsumgüter	- 3,0	+ 0,1	- 0,6	+ 3,2	+ 2,0	+ 1,0	
Bruttoanlageinvestitionen, real	+ 2,2	- 0,9	+ 0,7	+ 3,7	+ 2,6	+ 2,0	
Ausrüstungen ²⁾	+ 2,4	- 1,0	+ 3,6	+ 7,0	+ 3,5	+ 2,5	
Bauten	- 0,9	- 0,1	- 1,2	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,3	
Exporte, real	+ 0,5	+ 2,3	+ 3,6	+ 2,8	+ 3,0	+ 3,1	
Warenexporte	- 0,7	+ 2,2	+ 3,5	+ 2,8	+ 3,0	+ 3,5	
Importe, real	+ 0,7	+ 1,3	+ 3,4	+ 3,7	+ 2,8	+ 2,9	
Warenimporte	- 2,0	+ 0,8	+ 4,2	+ 4,5	+ 3,0	+ 3,2	
Bruttoinlandsprodukt, nominell	+ 1,7	+ 2,4	+ 2,9	+ 3,0	+ 2,9	+ 3,0	
	Mrd. €	322,54	330,42	339,90	350,22	360,30	371,06
Leistungsbilanzsaldo	in % des BIP	2,0	2,4	1,8	2,4	2,3	2,3
Verbraucherpreise		+ 2,0	+ 1,7	+ 0,9	+ 0,9	+ 1,7	+ 1,7
Dreimonatszinssatz	in %	0,2	0,2	- 0,0	- 0,3	- 0,3	0,1
Sekundärmarktrendite ³⁾	in %	2,0	1,5	0,7	0,4	0,6	1,0
Finanzierungssaldo des Staates (laut Maastricht-Definition)	in % des BIP	- 1,4	- 2,7	- 1,0	- 1,6	- 1,5	- 1,1
Unselbständig aktiv Beschäftigte ⁴⁾		+ 0,6	+ 0,7	+ 1,0	+ 1,5	+ 1,2	+ 1,0
Arbeitslosenquote							
In % der Erwerbspersonen (Eurostat) ⁵⁾		5,4	5,6	5,7	6,1	6,2	6,2
In % der unselbständigen Erwerbspersonen ⁶⁾		7,6	8,4	9,1	9,1	9,3	9,5

Q: WIFO. 2016 bis 2018: Prognose. – ¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich militärischer Waffensysteme. – ³⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark). – ⁴⁾ Ohne Personen mit aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – ⁵⁾ Labour Force Survey. – ⁶⁾ Arbeitslose laut Arbeitsmarktservice.

Sobald die Wirkung der Steuerentlastung Mitte 2017 ausläuft, wächst die Konsumnachfrage wieder schwächer. Die Ökologisierung der Dienstwagenbesteuerung dürfte 2016 erhebliche Vorzieheffekte ausgelöst haben, sodass der Fahrzeugboom danach abflachen wird. Die Nachfrage nach Maschineninvestitionen wird sich angesichts der mäßigen Auslandsnachfrage nur leicht verstärken. Die Bautätigkeit nimmt zu, dem steigenden Wohnraumbedarf stehen aber oft Einkommensbeschränkungen und sehr hohe Grundstückspreise gegenüber. Vor diesem Hintergrund wird die Expansion der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage, die das konjunkturbedingte Wirtschaftswachstum von 1,3% 2016 auf 1,7% 2017 beschleunigt, 2018 wahrscheinlich auf 1,4% nachlassen. Eine geringere Zahl an Arbeitstagen dämpft zudem die Wachstumsrate 2017. Damit ergeben sich Jahreswachstumsraten von jeweils 1,5% 2016 und 2017 sowie 1,4% 2018.

1. USA: Robustes Wachstum im Zeichen geldpolitischer Normalisierung

In den USA kam die Hochkonjunktur, die im 1. Halbjahr 2016 an Dynamik verloren hatte, im III. Quartal wieder in Schwung. Die Arbeitslosenquote ist mittlerweile so niedrig, dass der Lohndruck allmählich zunimmt. Die Abschwächung der Export- und Investitionsdynamik dürfte mit der deutlichen Dollaraufwertung zu tun haben. Da für den Prognosezeitraum keine weitere Aufwertung unterstellt wird und sich der Einkaufsmanagerindex zuletzt verbesserte, sollten von diesen Komponenten bald wieder positive Impulse ausgehen (die Ausfuhr expandierte schon im III. Quartal 2016 wieder). Insgesamt wird die Konjunktur weiterhin von der privaten Konsumnachfrage getragen, die durch zunehmende Lohnsteigerungen gestützt wird. Nach der Dämpfung 2016 erreicht das Wirtschaftswachstum ab 2017 wieder etwas über 2%; der Leitzinssatz wird schrittweise angehoben.

Übersicht 2: Internationale Konjunktur

	Gewicht 2015 in %		2013	2014	2015	2016	2017	2018
	Waren- exporte ¹⁾	Welt- BIP ²⁾						
			BIP real, Veränderung gegen das Vorjahr in %					
EU	69,1	16,9	+ 0,2	+ 1,6	+ 2,2	+ 1,8	+ 1,6	+ 1,7
Großbritannien	3,2	2,4	+ 1,9	+ 3,1	+ 2,2	+ 2,0	+ 1,4	+ 2,2
Euro-Raum	51,1	12,0	- 0,3	+ 1,2	+ 2,0	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,5
Deutschland	30,0	3,4	+ 0,5	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,5	+ 1,6
Italien	6,3	1,9	- 1,7	+ 0,1	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,8	+ 1,0
Frankreich	4,5	2,3	+ 0,6	+ 0,6	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,5
MOEL 5 ³⁾	14,1	1,6	+ 1,3	+ 3,2	+ 3,7	+ 2,4	+ 3,0	+ 3,0
Tschechien	3,6	0,3	- 0,5	+ 2,7	+ 4,5	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,6
Ungarn	3,3	0,2	+ 2,1	+ 4,0	+ 3,1	+ 1,5	+ 2,6	+ 2,5
Polen	3,2	0,9	+ 1,4	+ 3,3	+ 3,9	+ 2,5	+ 3,5	+ 3,3
USA	6,9	15,8	+ 1,7	+ 2,4	+ 2,6	+ 1,5	+ 2,2	+ 2,1
Schweiz	5,8	0,4	+ 1,8	+ 2,0	+ 0,8	+ 1,6	+ 1,8	+ 1,9
China	2,5	17,3	+ 7,8	+ 7,3	+ 6,9	+ 6,7	+ 6,4	+ 6,1
Insgesamt								
Kaufkraftgewichtet ⁴⁾		50,4	+ 3,3	+ 3,8	+ 3,9	+ 3,4	+ 3,4	+ 3,3
Exportgewichtet ⁵⁾	84,3		+ 0,7	+ 1,9	+ 2,3	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,9
Marktwachstum ⁶⁾			+ 1,7	+ 3,5	+ 2,9	+ 2,8	+ 3,0	+ 3,5
<i>Annahmen zur Prognose</i>								
Erdölpreis								
Brent, \$ je Barrel			108,7	99,0	52,5	45	57	59
Wechselkurs								
Dollar je Euro			1,328	1,329	1,110	1,11	1,10	1,10
Internationale Zinssätze								
EZB-Hauptrefinanzierungssatz ⁷⁾ , in %			0,6	0,2	0,1	0,0	0,0	0,3
Sekundärmarktrendite Deutschland, in %			1,6	1,2	0,5	0,1	0,2	0,8

Q: WIFO. 2016 bis 2018: Prognose. – ¹⁾ Österreichische Warenexporte. – ²⁾ Kaufkraftgewichtet. – ³⁾ Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien, Slowakei. – ⁴⁾ EU, USA, Schweiz, China; gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt zu Kaufkraftparitäten 2015. – ⁵⁾ EU, USA, Schweiz, China; gewichtet mit den österreichischen Warenexportanteilen 2015. – ⁶⁾ Veränderungsrate real der Warenimporte der Partnerländer, gewichtet mit österreichischen Exportanteilen. – ⁷⁾ Mindestbietungssatz.

Die OECD unterstellt in ihrer jüngsten Prognose¹⁾ einen prononciert expansiven fiskalpolitischen Kurs der neuen Regierung in den USA, der das Wirtschaftswachstum 2018 um knapp 1 Prozentpunkt auf 3% steigert. Diese Prognose stützt sich auf die Entwicklungen auf den internationalen Finanzmärkten seit der Präsidentenwahl: Der Wechsel vieler Anleger von Gold und Staatsanleihen in Aktien aus den USA und der damit einhergegangene Anstieg langfristiger Zinssätze und des Dollarkurses signalisieren eine Verbesserung der Konjunkturschätzung. Allerdings dürfte sich erst in den nächsten Wochen und Monaten zeigen, welche der von Donald Trump angekündigten fiskalischen Maßnahmen tatsächlich umzusetzen sind, zumal ein Teil der Regierungspartei wirtschaftspolitisch konträr gesinnt ist. Daher wird in der vorliegenden Prognose für die USA (noch) kein derartiger Impuls unterstellt.

Anders als die OECD unterstellt das WIFO in seiner Prognose für die USA (noch) keinen fiskalpolitisch bedingten Wachstumsschub.

2. "Brexit" dämpft Hochkonjunktur in Großbritannien vorübergehend

Großbritannien verzeichnete in den drei Monaten nach dem Brexit-Entscheid Ende Juni 2016 – entgegen den meisten Prognosen – ein robustes Wachstum. Selbst die stark von Zukunftseinschätzungen bestimmten Bruttoanlageinvestitionen expandierten. Bislang hat der Brexit-Entscheid die Realwirtschaft nicht beeinträchtigt. Die Abwertung des Pfund, die den effektiven Wechselkursindex wieder auf das Niveau der Jahre nach der Finanzmarktkrise sinken ließ, wird aber wohl noch preistreibend wirken und den privaten Konsum 2017 dämpfen. Hingegen dürfte der Außenhandel profitieren. Für die Investitionen, insbesondere die Bauinvestitionen, wird 2017 mit einer Abschwächung und danach mit einer Erholung gerechnet. Das BIP-Wachstum

Die britische Wirtschaft wächst bis 2018 schneller als die Wirtschaft im Euro-Raum.

¹⁾ OECD, Economic Outlook. Preliminary Version, Paris, November 2016.

wird sich 2017 demnach auf den Durchschnitt des Euro-Raumes verlangsamen und 2018 wieder auf über 2% beschleunigen.

3. Neue EU-Förderungen beleben Investitionen in den MOEL 5

Bedingt durch die Abwanderung werden in Ostmitteleuropa die Arbeitskräfte knapp, die Löhne steigen kräftig.

In einigen ostmitteleuropäischen Ländern nimmt die Investitionstätigkeit 2016 ab, vor allem weil Ende 2015 die EU-Förderungen, die für die Investitionen in diesen Ländern eine große Rolle spielen, aus dem Finanzrahmen 2007/2013 ausgeschöpft waren und 2016 noch keine Fördermittel zur Verfügung standen. 2017 dürften sich die Investitionen erholen, wenn die Förderungen aus dem neuen Finanzrahmen 2014/2020 abgerufen werden können. Auch der private Konsum wird sich weiterhin gut entwickeln, da die Löhne wegen der abwanderungsbedingten Arbeitskräfteknappheit deutlich steigen²⁾. In Ungarn sollen die Mindestlöhne im Prognosezeitraum um ein Viertel angehoben werden, für gut ausgebildete Arbeitskräfte sogar um 40%. Vor diesem Hintergrund sinkt die Wachstumsrate in den MOEL 5 2016 zunächst auf 2,4%, erreicht ab 2017 aber wieder 3%.

4. Keine Wachstumsbeschleunigung im Euro-Raum

In Deutschland wachsen der Konsum und die Gesamtwirtschaft aufgrund der besseren Arbeitsmarktlage etwas schneller als in Österreich.

In Deutschland ist das Wirtschaftswachstum im Prognosezeitraum um etwa 0,2 Prozentpunkte pro Jahr höher als in Österreich; für 2017 werden aufgrund eines höheren negativen Kalendereffektes in Deutschland gleiche Jahreswachstumsraten prognostiziert. Ähnlich wie in den USA, in Großbritannien und einigen osteuropäischen Ländern bewirkt die geringe Arbeitslosigkeit stärkere Lohnsteigerungen, zudem ist die Inflationsrate niedriger als in Österreich. Daraus ergibt sich eine etwas kräftigere Konsum- und Konjunkturdynamik.

Die französische Volkswirtschaft, deren Konjunkturmuster seit 2008 dem österreichischen sehr ähnelt, wächst auch im Prognosezeitraum mit vergleichbaren Raten; für die geschwächte italienische Volkswirtschaft ist hingegen keine substantielle Besserung in Sicht. Für den Euro-Raum insgesamt wird ein Wirtschaftswachstum ähnlich dem österreichischen prognostiziert; in der EU insgesamt wächst die Wirtschaft wegen der stärkeren Konjunkturdynamik in Ostmitteleuropa und Großbritannien um bis zu 0,2 Prozentpunkte stärker.

5. Annahmen zur Prognose

Wenn die EZB wie angenommen 2018 das Anleihekaufprogramm beendet, steigen die langfristigen Zinssätze um ½ Prozentpunkt.

Die Prognoseannahmen umfassen die Entwicklung des Rohölpreises, des Euro-Dollar-Wechselkurses sowie des Leitzinssatzes im Euro-Raum und des langfristigen Zinssatzes in Deutschland. Der Rohölpreis entwickelte sich in den letzten Wochen schwächer als in der WIFO-Prognose vom September 2016 unterstellt. Aufgrund der Marktreaktion nach dem OPEC-Beschluss einer Förderkürzung von Ende November – der Rohölpreis stieg sprunghaft – können die Annahmen der September-Prognose aber beibehalten werden. Bei einem Monatsdurchschnitt von 55 \$ je Barrel im Dezember ergibt sich ein Jahresdurchschnitt 2016 von 45 \$. 2017 wird mit einem leichten Anstieg auf 57 \$ und 2018 auf 59 \$ gerechnet.

Die Dollaraufwertung durch Portfolioumschichtungen hin zu Aktien aus den USA nach der Präsidentschaftswahl wird als vorübergehend betrachtet und die Wechselkursannahme von 1,10 \$ je € für 2017 und 2018 beibehalten. In Bezug auf die Geldpolitik der EZB wird angenommen, dass der Ankauf von Staatsanleihen 2018 ausläuft und die langfristigen Zinssätze im Euro-Raum dadurch um etwa ½ Prozentpunkt anziehen. Die EZB wird, so die Annahme, die Leitzinssätze danach schrittweise anheben.

²⁾ wiiw, Arbeitskräftemangel als Wachstumsmotor? Prognose für Mittel-, Ost- und Südosteuropa, 2016-2018, Wien, 2016.

6. Lebhaftige Fahrzeugkonjunktur 2016 in Österreich

Ein reger Absatz von Kraftfahrzeugen prägt die Binnennachfrage 2016: Die Pkw-Nachfrage der privaten Haushalte war bis September real um gut 7% höher als im Vorjahr, die gesamtwirtschaftlichen Fahrzeuginvestitionen stiegen um fast 20%. Die vergleichsweise schwache Expansion der Bruttoinvestitionen signalisiert, dass die Händler zu einem beträchtlichen Teil Fahrzeugvorräte abbauen. 2016 werden dementsprechend auch deutlich weniger Tageszulassungen registriert; zudem beschleunigte sich das Wachstum des Warenimports bereits 2015.

Auch die Nachfrage nach anderen dauerhaften Konsumgütern expandiert 2016 wieder, wenngleich weniger dynamisch als die Pkw-Nachfrage. Trotz höheren privaten Konsums steigt auch die Sparquote 2016, obwohl die Vermögenseinkommen rückläufig sind. Dies lässt sich mit der Steuerentlastung erklären: Von ihr profitieren vor allem Haushalte mit mittlerem und höherem Einkommen, die für dauerhafte Konsumgüter einen größeren Teil ihres Einkommens ausgeben als Haushalte mit niedrigem Einkommen und deren Sparneigung höher ist. Da die Gegenfinanzierung der Steuerentlastung und damit deren nachfragedämpfende Wirkung nicht im angekündigten Ausmaß realisiert wurden³⁾, beschleunigt sich durch die Ausweitung des privaten Konsums 2016 auch das Wirtschaftswachstum.

Die starke Dynamik der Ausstattungsinvestitionen und des privaten Konsums dauerhafter Güter basiert auf der lebhaften Nachfrage nach Kraftfahrzeugen.

Übersicht 3: Konsum, Einkommen und Preise

	2013	2014	2015	2016	2017	2018
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real					
Private Konsumausgaben ¹⁾	- 0,1	- 0,3	- 0,0	+ 1,5	+ 1,2	+ 1,1
Dauerhafte Konsumgüter	- 3,0	+ 0,1	- 0,6	+ 3,2	+ 2,0	+ 1,0
Nichtdauerhafte Konsumgüter und Dienstleistungen	+ 0,2	- 0,3	+ 0,1	+ 1,3	+ 1,1	+ 1,1
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	- 1,9	- 0,1	+ 0,3	+ 2,5	+ 1,4	+ 1,4
	In % des verfügbaren Einkommens					
Sparquote der privaten Haushalte						
Einschließlich Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	7,0	7,0	7,3	8,3	8,5	8,8
Ohne Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	6,2	6,4	6,7	7,6	7,8	8,1
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Direktkredite an inländische Nichtbanken (Jahresendstände)	- 1,2	+ 0,3	+ 2,0	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,3
	In %					
Inflationsrate						
National	2,0	1,7	0,9	0,9	1,7	1,7
Harmonisiert	2,1	1,5	0,8	0,9	1,7	1,7
Kerninflation ²⁾	2,3	1,9	1,7	1,4	1,6	1,6

Q: WIFO. 2016 bis 2018: Prognose. – ¹⁾ Private Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel (Fleisch, Fisch, Obst, Gemüse).

Die lebhaftige Fahrzeugkonjunktur begünstigt die Herstellung von Waren im Inland kurzfristig nicht, diese expandiert 2016 mit nur +2% wenig stärker als in den zwei Jahren zuvor. Zudem steht einer kräftigeren Expansion die Schwäche der Exportnachfrage entgegen: Nach +3,5% im Jahr 2015 wuchs die Warenausfuhr bis ins III. Quartal 2016 um nur 2%. Um die prognostizierte Jahreswachstumsrate von 2,8% zu erreichen, wäre ein gutes Ergebnis im IV. Quartal erforderlich. Vor allem die Ausfuhr in die USA

Wegen der Schwäche der Exportnachfrage beschleunigt sich das Wachstum in der Sachgüterproduktion kaum.

³⁾ Im Oktober 2015 sah der Bundeshaushalt noch eine Verbesserung von 2015 auf 2016 vor (Finanzierungssaldo 2015 -1,9% des BIP, 2016 -1,4%, struktureller Saldo jeweils -0,5%), der Voranschlag vom Oktober 2016 dagegen eine Verschlechterung (Finanzierungssaldo 2015 -1,0% des BIP, 2016 -1,4%, struktureller Saldo 2015 +0,1%, 2016 -0,9% bzw. -0,5% unter Berücksichtigung der Mehrausgaben für Asylsuchende und Terrorbekämpfung als Einmalmaßnahmen). Zwar sind die Werte für 2016 in den beiden Voranschlägen identisch, die Haushaltslage war aber 2015 letztlich deutlich besser als im Herbst 2015 unterstellt. Bei unveränderten Ausgangswerten für 2015 wäre das Defizit 2016 demnach höher ausgefallen.

und die MOEL 5 entwickelt sich 2016 schwach, beides dürfte sich ab 2017 aber bessern. Der Rückgang der Ausfuhr in die USA ist als Gegenreaktion auf den hohen Zuwachs 2015 zu sehen, als die Euro-Abwertung die Exporte beflügelte. Der Rückpralleffekt dürfte allmählich auslaufen, zudem sollte sich die vorübergehend schwache Investitionsnachfrage in den USA wieder stabilisieren. Dies gilt auch für die MOEL 5, wo 2016 das Auslaufen des mehrjährigen EU-Förderprogrammes für die Investitionsflaute maßgebend ist. Wenn ab 2017 die Mittel des neuen Förderprogrammes abgerufen werden können, werden sich die Investitions- und die Importnachfrage erholen.

Übersicht 4: Entwicklung der Bruttowertschöpfung

Zu Herstellungspreisen

	2015	2016	2017	2018	2015	2016	2017	2018
	Mrd. € (Referenzjahr 2010)				Veränderung gegen das Vorjahr in %			
<i>Real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)</i>								
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	3,99	4,19	4,27	4,35	+ 0,4	+ 5,0	+ 2,0	+ 2,0
Herstellung von Waren einschließlich Bergbau	56,65	57,78	59,11	60,47	+ 1,5	+ 2,0	+ 2,3	+ 2,3
Energie- und Wasserversorgung, Abfallentsorgung	8,15	7,58	7,58	7,66	+ 1,2	- 7,0	± 0,0	+ 1,0
Bauwirtschaft	16,18	16,42	16,70	16,92	- 1,1	+ 1,5	+ 1,7	+ 1,3
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz	34,80	35,67	36,49	37,22	+ 0,6	+ 2,5	+ 2,3	+ 2,0
Verkehr	15,02	14,98	15,04	15,10	+ 0,3	- 0,3	+ 0,4	+ 0,4
Beherbergung und Gastronomie	13,20	13,50	13,72	13,82	+ 1,0	+ 2,3	+ 1,6	+ 0,7
Information und Kommunikation	9,53	9,60	9,75	9,89	+ 1,5	+ 0,8	+ 1,5	+ 1,5
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	11,49	11,55	11,72	11,97	+ 0,7	+ 0,5	+ 1,5	+ 2,2
Grundstücks- und Wohnungswesen	26,49	27,02	27,50	28,00	+ 1,1	+ 2,0	+ 1,8	+ 1,8
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen ¹⁾	26,13	26,65	27,05	27,46	+ 0,9	+ 2,0	+ 1,5	+ 1,5
Öffentliche Verwaltung ²⁾	47,81	48,39	48,63	48,73	+ 0,8	+ 1,2	+ 0,5	+ 0,2
Sonstige Dienstleistungen ³⁾	7,62	7,68	7,72	7,73	- 0,5	+ 0,8	+ 0,5	+ 0,2
Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche ⁴⁾	276,94	280,91	285,15	289,13	+ 0,8	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,4
Bruttoinlandsprodukt	310,47	315,04	319,76	324,22	+ 1,0	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,4

Q: WIFO. 2016 bis 2018: Prognose. – ¹⁾ Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen, technischen und sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (ÖNACE 2008, Abschnitte M bis N). – ²⁾ Einschließlich Sozialversicherung, Verteidigung, Erziehung, Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen (ÖNACE 2008, Abschnitte O bis Q). – ³⁾ Einschließlich Kunst, Unterhaltung und Erholung, private Haushalte (ÖNACE 2008, Abschnitte R bis U). – ⁴⁾ Vor Abzug der Gütersubventionen und vor Zurechnung der Gütersteuern.

Übersicht 5: Produktivität

	2013	2014	2015	2016	2017	2018
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
<i>Gesamtwirtschaft</i>						
Bruttoinlandsprodukt, real	+ 0,1	+ 0,6	+ 1,0	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,4
Geleistete Arbeitsstunden ¹⁾	- 0,6	+ 0,3	- 0,6	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,6
Stundenproduktivität ²⁾	+ 0,7	+ 0,3	+ 1,6	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,8
Erwerbstätige ³⁾	+ 0,5	+ 1,0	+ 0,7	+ 1,2	+ 1,0	+ 0,9
<i>Herstellung von Waren</i>						
Produktion ⁴⁾	+ 0,3	+ 1,6	+ 1,8	+ 2,0	+ 2,3	+ 2,3
Geleistete Arbeitsstunden ⁵⁾	- 1,1	- 0,0	+ 0,3	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,3
Stundenproduktivität ²⁾	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,2	+ 1,7	+ 2,0
Unselbständig Beschäftigte ⁶⁾	- 0,6	+ 0,3	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,5	+ 0,3

Q: WIFO. 2016 bis 2018: Prognose. – ¹⁾ Von Erwerbstätigen geleistete Arbeitsstunden laut VGR. – ²⁾ Produktion je geleistete Arbeitsstunde. – ³⁾ Unselbständige und Selbständige laut VGR (Beschäftigungsverhältnisse). – ⁴⁾ Nettoproduktionswert, real. – ⁵⁾ Von unselbständig Beschäftigten geleistete Arbeitsstunden laut VGR. – ⁶⁾ Laut VGR (Beschäftigungsverhältnisse).

Der Geschäfts- und Industriebau gewinnt 2016 an Schwung.

Aufgrund der schwierigen Lage auf manchen Zielmärkten bleibt die Expansion der Maschineninvestitionen 2016 verhalten. Die Bauinvestitionen nehmen dagegen erstmals seit drei Jahren zu. Im Zuge der Konjunkturbelebung gewann vor allem der Geschäfts- und Industriebau an Schwung; er profitiert zudem von Bauprojekten der

öffentlichen Hand im Bereich Schulen und Krankenanstalten (z. B. Krankenhaus Wien–Nord). Die steuerreformbedingte Verbesserung der Einkommen der privaten Haushalte und die öffentliche Wohnbauoffensive dürften im Prognosezeitraum auch Investitionen in den Wohnbau begünstigen.

Übersicht 6: Entwicklung der Nachfrage

Real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)

	2015	2016	2017	2018	2015	2016	2017	2018
	Mrd. € (Referenzjahr 2010)				Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Konsumausgaben insgesamt	222,51	226,03	228,62	230,82	+ 0,6	+ 1,6	+ 1,1	+ 1,0
Private Haushalte ¹⁾	160,24	162,64	164,59	166,40	- 0,0	+ 1,5	+ 1,2	+ 1,1
Staat	62,32	63,44	64,07	64,46	+ 2,1	+ 1,8	+ 1,0	+ 0,6
Bruttoinvestitionen	73,20	74,77	76,33	77,88	+ 0,5	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,0
Bruttoanlageinvestitionen	70,37	72,97	74,86	76,32	+ 0,7	+ 3,7	+ 2,6	+ 2,0
Ausrüstungen ²⁾	24,39	26,10	27,01	27,69	+ 3,6	+ 7,0	+ 3,5	+ 2,5
Bauten	31,70	32,21	32,69	33,12	- 1,2	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,3
Sonstige Anlagen ³⁾	14,32	14,77	15,28	15,67	+ 0,6	+ 3,1	+ 3,5	+ 2,5
Inländische Verwendung	297,21	302,72	306,89	310,65	+ 0,8	+ 1,9	+ 1,4	+ 1,2
Exporte	172,38	177,28	182,52	188,20	+ 3,6	+ 2,8	+ 3,0	+ 3,1
Reiseverkehr	13,24	13,57	13,80	13,87	+ 4,5	+ 2,5	+ 1,7	+ 0,5
Minus Importe	159,00	164,88	169,55	174,49	+ 3,4	+ 3,7	+ 2,8	+ 2,9
Reiseverkehr	6,30	6,24	6,24	6,27	- 0,3	- 1,0	± 0,0	+ 0,5
Bruttoinlandsprodukt	310,47	315,04	319,76	324,22	+ 1,0	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,4
Nominell	339,90	350,22	360,30	371,06	+ 2,9	+ 3,0	+ 2,9	+ 3,0

Q: WIFO. 2016 bis 2018: Prognose. – ¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich militärischer Waffensysteme. – ³⁾ Überwiegend geistiges Eigentum (Forschung und Entwicklung, Computerprogramme, Urheberrechte).

Dynamischer als der Warenaußenhandel verläuft 2016 der Export von Tourismusdienstleistungen. Mit über 3% des BIP im 1. Halbjahr 2016 trägt er den gesamten Leistungsbilanzüberschuss, der insgesamt 2,4% des BIP erreichen sollte (2015: 1,8%). Da die Leistungsbilanzdaten oft größeren Revisionen unterliegen, sind hier jedoch Änderungen in künftigen Prognosen möglich. In den Sommermonaten (Mai bis Oktober) wurden so viele Ankünfte wie noch nie in Österreich verzeichnet. Kräftig stieg sowohl die Zahl der ausländischen als auch der inländischen Gäste, deren Tourismuskonsum durch die Steuerentlastung gestärkt worden sein dürfte.

Da die Zunahme der Tourismuskonsum kaum produktivitätssteigernd wirkt, geht sie mit einem erheblichen Beschäftigungseffekt, aber auch mit erhöhtem Preisdruck einher. Der Inflationsvorsprung gegenüber dem Durchschnitt des Euro-Raumes von über ½ Prozentpunkt geht zum Großteil auf die Preisdynamik tourismusnaher Dienstleistungen (Bewirtungs- und Beherbergungsdienstleistungen, Pauschalreisen, Freizeit- und Kulturdienstleistungen) zurück und bleibt damit auch 2016 bestehen. Zum anderen stiegen die Mietpreise wieder kräftig, und die administrierten und teiladministrierten Preise erhöhten sich ebenfalls stärker als im Durchschnitt des Euro-Raumes.

2016 ist der Preisauftrieb insgesamt jedoch gering, die Inflationsrate liegt zum zweiten Mal in Folge unter 1%. Die erhebliche Rohstoffverbilligung, die die Inflationsrate 2015 unter 1% drückte, erklärt die Schwäche des Preisauftriebes 2016 zum Teil. Als weiterer Faktor ist 2016 der Lohndruck geringer; der Anstieg der nominellen Lohnstückkosten verlangsamt sich um ½ Prozentpunkt, und die Kerninflationsrate laut HVPI ist niedriger als 2015. Das resultiert aus einer beschleunigten Produktionsausweitung bei gleichzeitig geringeren Zuwächsen der Bruttonominallohne; daher nehmen 2016 auch die realen Lohnstückkosten und die Lohnquote weiter ab. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit gemessen am real-effektiven Wechselkurs verschlechtert sich aber etwas, da der Euro gegenüber dem Pfund und, zu kleineren Teilen, gegenüber der chinesischen, russischen, ukrainischen und türkischen Währung und dem Schweizer Franken aufwertet. Die heimischen Exporteure konnten im 1. Halbjahr zwar Marktanteile gewinnen; für 2016 insgesamt und bis 2018 wird aber mit konstanten Marktanteilen gerechnet.

Die boomende Tourismuskonsum hat eine hohe Beschäftigungswirkung und erzeugt Preisdruck.

Ein Rückgang der Rohölpreise und des Lohndrucks dämpft die Inflationsrate 2016.

Übersicht 7: Löhne, Wettbewerbsfähigkeit

	2013	2014	2015	2016	2017	2018
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
<i>Löhne und Gehälter pro Kopf¹⁾</i>						
Nominell, brutto	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,8
Real ²⁾						
Brutto	- 0,1	- 0,0	+ 0,8	+ 0,5	- 0,1	+ 0,1
Netto	- 0,6	- 0,6	+ 0,2	+ 3,0	- 0,2	- 0,3
<i>Löhne und Gehälter je geleistete Arbeitsstunde¹⁾</i>						
Real, netto ²⁾	+ 0,3	- 0,2	+ 1,7	+ 3,5	+ 0,3	+ 0,2
	In %					
Lohnquote, bereinigt ³⁾	68,6	70,2	69,5	69,0	69,1	69,1
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
<i>Lohnstückkosten, nominell⁴⁾</i>						
Gesamtwirtschaft	+ 2,1	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,5
Herstellung von Waren	+ 2,2	+ 0,9	+ 1,2	+ 1,0	+ 0,2	+ 0,1
<i>Effektiver Wechselkursindex Industriewaren⁵⁾</i>						
Nominell	+ 1,8	+ 1,2	- 2,7	+ 1,1	- 0,1	+ 0,1
Real	+ 2,2	+ 1,5	- 2,7	+ 1,2	- 0,3	- 0,2

Q: WIFO. 2016 bis 2018: Prognose. – ¹⁾ Laut VGR. – ²⁾ Deflationiert mit dem VPI. – ³⁾ Arbeitnehmerentgelte in Relation zum Volkseinkommen, bereinigt um die Veränderung des Anteils der unselbständig Beschäftigten an den Erwerbstätigen gegenüber dem Basisjahr 1995. – ⁴⁾ Arbeitskosten in Relation zur Produktivität (Arbeitnehmerentgelte je von unselbständig Beschäftigten geleistete Arbeitsstunde im Verhältnis zum BIP je von Erwerbstätigen geleistete Arbeitsstunde). – ⁵⁾ Export- und importgewichtet, real, gemessen am harmonisierten VPI.

Übersicht 8: Arbeitsmarkt

	2013	2014	2015	2016	2017	2018
	Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000					
<i>Nachfrage nach Arbeitskräften</i>						
Aktiv Erwerbstätige ¹⁾	+ 29,2	+ 31,8	+ 41,0	+ 57,0	+ 47,0	+ 41,0
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾²⁾	+ 21,2	+ 23,8	+ 33,2	+ 52,0	+ 42,0	+ 36,0
Inländische Arbeitskräfte	- 8,5	- 8,1	+ 6,3	+ 17,0	+ 9,0	+ 6,0
Ausländische Arbeitskräfte	+ 29,7	+ 32,0	+ 27,0	+ 35,0	+ 33,0	+ 30,0
Selbständige ³⁾	+ 8,0	+ 8,0	+ 7,8	+ 5,0	+ 5,0	+ 5,0
<i>Angebot an Arbeitskräften</i>						
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter						
15- bis 64-Jährige	+ 23,5	+ 33,1	+ 52,3	+ 68,9	+ 42,0	+ 35,3
Erwerbspersonen ⁴⁾	+ 55,8	+ 64,0	+ 76,0	+ 60,5	+ 63,0	+ 53,0
<i>Überhang an Arbeitskräften</i>						
Arbeitslose (laut AMS)	+ 26,6	+ 32,2	+ 35,0	+ 3,5	+ 16,0	+ 12,0
Personen in Schulung	+ 6,9	+ 1,8	- 10,2	+ 2,1	+ 6,0	+ 3,0
	In %					
<i>Arbeitslosenquote</i>						
In % der Erwerbspersonen (laut Eurostat) ⁵⁾	5,4	5,6	5,7	6,1	6,2	6,2
In % der Erwerbspersonen (laut AMS)	6,8	7,4	8,1	8,1	8,3	8,5
In % der unselbständigen Erwerbspersonen (laut AMS)	7,6	8,4	9,1	9,1	9,3	9,5
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Erwerbspersonen ⁴⁾	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,8	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,2
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾²⁾	+ 0,6	+ 0,7	+ 1,0	+ 1,5	+ 1,2	+ 1,0
Arbeitslose (laut AMS)	+ 10,2	+ 11,2	+ 11,0	+ 1,0	+ 4,5	+ 3,2
Stand in 1.000	287,2	319,4	354,3	357,8	373,8	385,8

Q: WIFO. 2016 bis 2018: Prognose. – ¹⁾ Ohne Personen mit aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – ²⁾ Laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – ³⁾ Laut WIFO, einschließlich freier Berufe und Mithelfender. – ⁴⁾ Aktiv Erwerbstätige plus Arbeitslose. – ⁵⁾ Labour Force Survey.

6.1 Arbeitsmarktzuzug aus Osteuropa wächst langsamer

Der angebotsbedingte Anstieg der Arbeitslosigkeit seit 2012 flaut 2016 ab, da die Beschäftigung kräftig expandiert, setzt sich 2017 und 2018 aber fort. Ältere werden ihre Erwerbstätigkeit weiter verlängern, und der Zuzug von Arbeitskräften aus dem Ausland hält an, wobei die künftige Entwicklung wesentlich von Annahmen zur Arbeitsmarktpräsenz von Asyl- und subsidiär Schutzberechtigten bestimmt wird. Ab 2012 kamen vor allem Personen aus Ländern, die 2004 und 2007 der EU beigetreten waren und deren Zugang zum heimischen Arbeitsmarkt 2011 bzw. 2014 liberalisiert wurde (Beschäftigte aus Ungarn 2011/2015 +37.000, aus Rumänien, der Slowakei, Polen und Slowenien +53.600). Der Zustrom flacht zwar seit 2015 ab, wird aber wegen des immer noch hohen Lohngefälles zwischen den Herkunftsländern und Österreich bestehen bleiben. Zudem werden künftig Asyl- und subsidiär Schutzberechtigte aus der Flüchtlingswelle 2015/16 vermehrt auf dem Arbeitsmarkt auftreten, wobei zur zeitlichen Lagerung dieses Zustromes Annahmen über die Dauer der Asylverfahren getroffen wurden.

Der durchgehende Anstieg der Inländerarbeitslosigkeit von 2011 bis 2015 (+61.700), der demographisch bedingte Anstieg der Zahl älterer Arbeitsloser und die Verschlechterung der Arbeitsmarktchancen niedergelassener Arbeitskräfte aus den traditionellen "Gastarbeiterländern" (Balkanländer, Türkei) durch Zuwanderung aus den EU-Ländern ziehen Verfestigungstendenzen auf dem Arbeitsmarkt nach sich. Die damit einhergehende Zunahme der Langzeitbeschäftigungslosigkeit (von 20% der Arbeitslosen 2013 auf 34% 2016) steht einem Rückgang der Arbeitslosenquote in den kommenden Jahren ebenfalls entgegen.

6.2 Konjunkturreffekt der Steuerentlastung läuft Mitte 2017 aus

Die Konsumwirksamkeit der Steuerentlastung erreicht Ende 2016 und Anfang 2017 ihren Höhepunkt, wenn zusätzliche kleinere Entlastungseffekte wirksam werden (Erhöhung der Negativsteuer und des Kinderfreibetrages). Der Konsum wird danach etwas schwächer wachsen, vor allem im Bereich der dauerhaften Konsumgüter, denn für eine selbsttragende Beschleunigung sind die Rahmenbedingungen auf dem Arbeitsmarkt zu ungünstig. Der Überhang an Arbeitskräften dämpft die Lohn- und Einkommenszuwächse. Die in der Herbstlohnrunde 2016 erzielten Abschlüsse (Metallindustrie +1,7%, Handel +1,3%) entsprechen zwar den Annahmen der WIFO-Prognose vom September 2016. Beides impliziert aber einen Reallohnverlust 2017, falls die Rohölpreise im angenommenen Ausmaß steigen. Zudem bleibt angesichts der zuzugsbedingten Zunahme der Arbeitslosigkeit seit 2012 die Sorge um den Arbeitsplatz ein dämpfender Effekt für die Konsumbereitschaft. Zwar verbesserte sich das Konsumentenvertrauen in den letzten Monaten, der Indikator lag aber im gleichen niedrigen Bereich wie in der Stagnationsphase ab 2012. Weitere Faktoren, die die Sparquote steigen lassen, sind in der ersten Hälfte des Prognosezeitraumes die Erhöhung der verfügbaren Einkommen durch die Steuerentlastung, später eine Zunahme der Zinseinkommen durch das Auslaufen der sehr expansiven Geldpolitik.

Neben den unterstellten zeitlichen Effekten der Steuerentlastung signalisieren auch die Konjunkturmfragen eine Beschleunigung des Wirtschaftswachstums in den kommenden Monaten: So steigen der Gesamtindex zur Einschätzung der aktuellen Lage und die Erwartungen laut WIFO-Konjunkturtest seit September teils kräftig; die Verbesserung erstreckt sich über alle Branchen. Der WIFO-Frühindikator verbesserte sich im November zum achten Mal in Folge und signalisiert einen Anstieg der Konjunkturkomponente der Bruttowertschöpfung. Das WKO-Wirtschaftsbarometer signalisiert eine stabile Entwicklung und einen Fokus auf Ersatz- statt auf Erweiterungsinvestitionen; optimistisch äußern sich vor allem große Unternehmen und Exporteure. Das Wachstum der Sachgütererzeugung, das im III. Quartal 2016 kumuliert nur 1,6% betrug, dürfte sich daher etwas beschleunigen. Für eine stärkere Produktionsdynamik ist die Auslandsnachfrage aber zu schwach; das Marktwachstum wird im Prognosezeitraum wohl 3,5% nicht übersteigen.

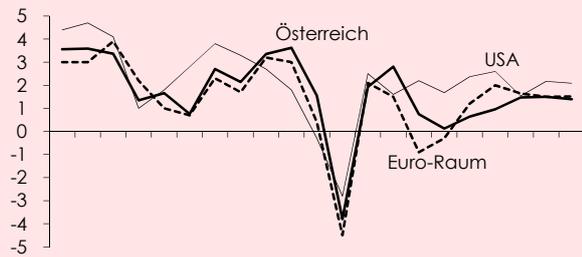
Mit der Arbeitsmarktpräsenz von Asyl- und subsidiär Schutzberechtigten nimmt die Arbeitslosigkeit weiter zu.

Das Ausklingen der Effekte der Steuerreform und der Anstieg der Inflationsrate werden die private Konsumnachfrage wieder etwas dämpfen.

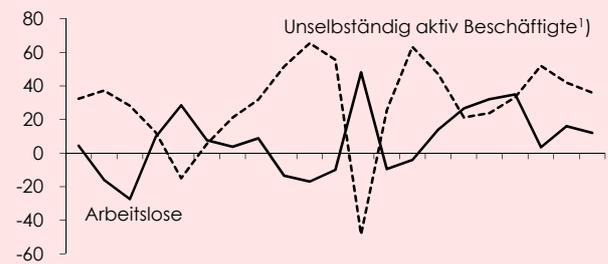
Konjunkturmfragen signalisieren eine Wachstumsbeschleunigung Ende 2016 und Anfang 2017.

Abbildung 1: Indikatoren der Wirtschaftsentwicklung und der Wirtschaftspolitik

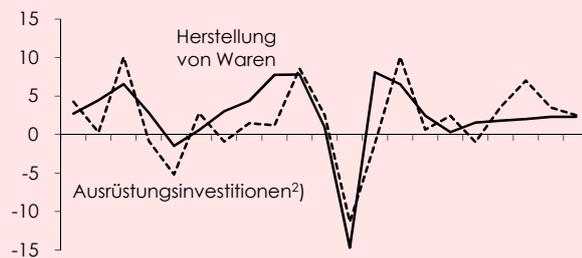
Wirtschaftswachstum
In %



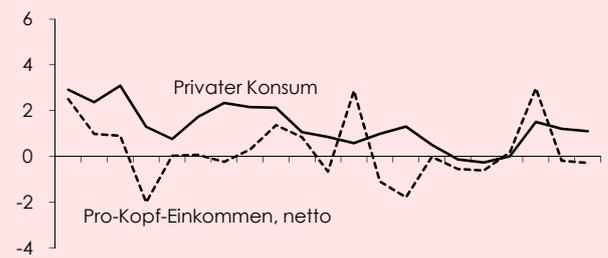
Beschäftigung und Arbeitslosigkeit
Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000



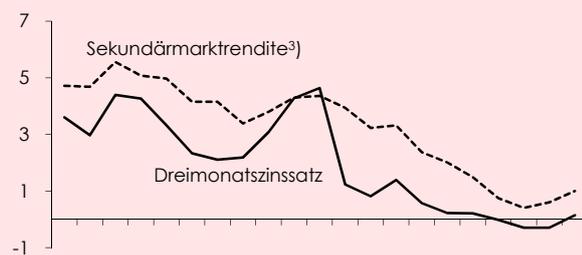
Produktion und Investitionen
Veränderung gegen das Vorjahr in %, real



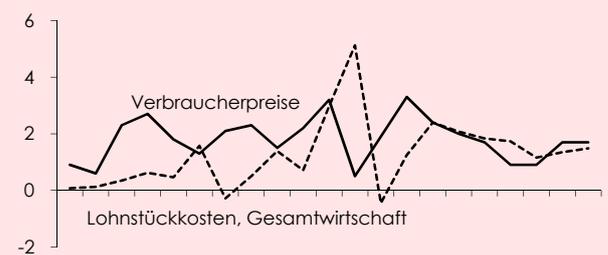
Konsum und Einkommen
Veränderung gegen das Vorjahr in %, real



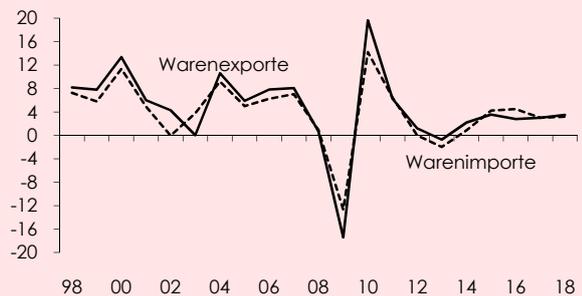
Kurz- und langfristige Zinssätze
In %



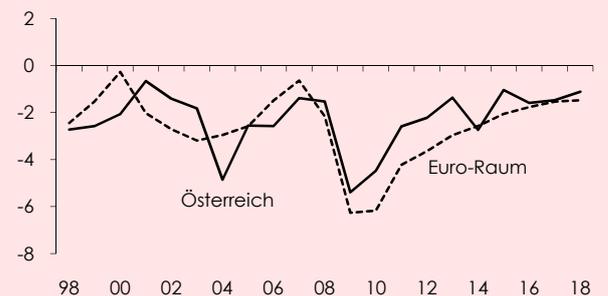
Preise und Lohnstückkosten
Veränderung gegen das Vorjahr in %



Außenhandel (laut Statistik Austria)
Veränderung gegen das Vorjahr in %, real



Finanzierungssaldo des Staates
In % des BIP



Q: WIFO. 2016 bis 2018: Prognose. – ¹⁾ Ohne Personen mit aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten, ohne in der Beschäftigungsstatistik erfasste Arbeitslose in Schulung; Bruch 2007/08 wegen Umstellung der Beschäftigtenstatistik. – ²⁾ Einschließlich militärischer Waffensysteme. – ³⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark).

Die Investitionsdynamik wird durch die Investitionszuwachsprämie nicht beschleunigt.

2017 und 2018 werden Unternehmen, die ihre Investitionen gegenüber dem Durchschnitt der vergangenen drei Jahre erhöhen, mit einer Investitionszuwachsprämie von 10% bis 15% der Mehrinvestitionen belohnt. Insgesamt stehen in beiden Jahren jeweils 87,5 Mio. € zur Verfügung. Eine vollständige Ausschöpfung und Hebelung (d. h. keine Mitnahmeeffekte) würde einem Volumen von etwa 1% der gesamten jährlichen Bruttoanlageinvestitionen entsprechen. Die Investitionstätigkeit der priva-

ten Unternehmen ist grundsätzlich von zwei Faktoren abhängig: den Absatzerwartungen und den Finanzierungskosten. Die Zuwachsprämie wirkt auf die Finanzierungskosten. Diese sind aufgrund der sehr expansiven Geldpolitik aber schon äußerst niedrig; Unternehmen, die ihre Investitionen konjunkturbedingt steigern, benötigen daher wohl kaum zusätzliche Finanzierungserleichterungen. Dagegen erhalten Unternehmen mit ungünstigen Absatzerwartungen durch die Zuwachsprämie keinen zusätzlichen Investitionsanreiz. Daher wird sie die gesamtwirtschaftliche Investitionstätigkeit – wie schon 2003/04⁴⁾ – nicht sonderlich verstärken. Entsprechend den Konjunkturumfragen wird daher eine leichte Beschleunigung des Wachstums der Maschineninvestitionen prognostiziert.

Die Dynamik der Fahrzeuginvestitionen wird ab 2017 abflachen, da im Zusammenhang mit der Ökologisierung der Dienstwagenbesteuerung auch Vorzieheffekte aufgetreten sein dürften: Im Rahmen der Steuerreform wurde der steuerpflichtige Sachbezugswert für Dienstfahrzeuge von monatlich 1,5% der Anschaffungskosten (bisher ohne CO₂-Richtwert) für Fahrzeuge, die mehr als 130 g CO₂ je km ausstoßen, auf 2,0% der Anschaffungskosten erhöht. Seit Ende 2015 werden alte Pkw vermehrt durch neue, abgasärmere Modelle ersetzt, um die höhere Besteuerung zu vermeiden. Dieser Lenkungseffekt dürfte im Prognosezeitraum schwächer werden, da jüngere Fahrzeuge tendenziell weniger CO₂ ausstoßen und daher seltener durch neue ersetzt werden müssen. So betrug der durchschnittliche CO₂-Ausstoß neuzugelassener Diesel-Pkw 2011 noch 140 g je km (Benzin-Pkw 138 g je km), 2013 134 g (Benzin-Pkw 130 g) und 2015 nur mehr 126 g je km (Benzin-Pkw 123 g). Ab 2017 sinkt der CO₂-Grenzwert (2016: 130 g je km) jedoch schrittweise um 3 g je km pro Jahr auf 118 g je km 2020. Die Unternehmen werden daher weiterhin mit Vorziehkäufen von CO₂-adäquaten Dienstfahrzeugen reagieren; im Prognosezeitraum wird daher nicht mit einer abrupten Gegenreaktion auf die hohen Vorziehkäufe 2016 gerechnet. Zudem dürften die Fahrzeuganschaffungen von Bundesheer und Polizei die Investitionen weiter begünstigen.

Die Ökologisierung der Dienstwagenbesteuerung löste Vorzieheffekte aus, die die Fahrzeuginvestitionen erhöhen.

Übersicht 9: Technische Anmerkungen zur Wachstumsprognose des realen BIP

		2015	2016	2017	2018
Wachstumsüberhang ¹⁾ Jahresverlaufsrate ²⁾	Prozentpunkte	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,5
	in %	+ 1,2	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,3
Jahreswachstumsrate	in %	+ 1,0	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,4
Bereinigte Jahreswachstumsrate ³⁾ Kalendereffekt ⁴⁾	in %	+ 0,9	+ 1,3	+ 1,7	+ 1,4
	Prozentpunkte	+ 0,1	+ 0,2	- 0,2	± 0,0

Q: WIFO. 2016 bis 2018: Prognose. – ¹⁾ Effekt der unterjährigen Dynamik im Vorjahr auf das Wachstum des Folgejahres. Jahreswachstumsrate, wenn das BIP des aktuellen Jahres auf dem Niveau des IV. Quartals des Vorjahres bleibt, Trend-Konjunktur-Komponente. – ²⁾ Beschreibt die Konjunkturdynamik innerhalb eines Jahres. Vorjahresveränderung im IV. Quartal, Trend-Konjunktur-Komponente. – ³⁾ Trend-Konjunktur-Komponente. – ⁴⁾ Effekt der Zahl der Arbeitstage und des Schalttages.

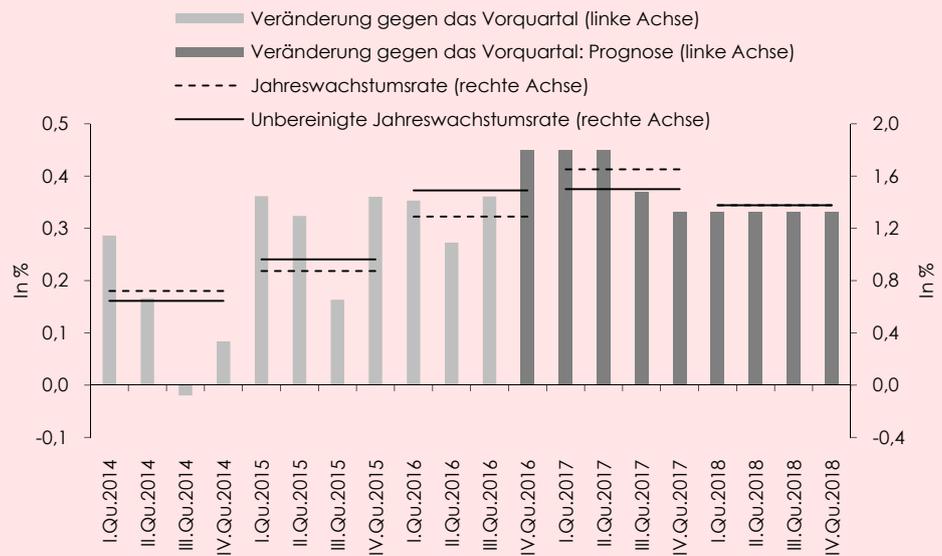
Die prognostizierten Investitions-, Produktions- und Konsumzyklen implizieren eine Beschleunigung des Wirtschaftswachstums (bereinigt gegenüber dem Vorquartal) auf 0,45% von Ende 2016 bis Mitte 2017 (III. Quartal 2016 +0,35%) und eine anschließende Abflachung auf 0,30% bis 0,35% (Abbildung 2). Daraus ergeben sich eine Steigerung der bereinigten Jahreswachstumsrate auf Basis der Trend-Konjunktur-Komponente von 1,3% im Jahr 2016 auf 1,7% im Jahr 2017 und eine Verringerung auf 1,4% im Jahr 2018. Da aber 2016 aufgrund der höheren Zahl der Arbeitstage (Schaltjahr, Kalender) etwas mehr produziert wird als 2015 und sich dieser Effekt 2017 umkehrt, beträgt die (unbereinigte) Wachstumsrate 2016 und 2017 jeweils 1,5% (Übersicht 9).

Trotz der Konjunkturbelebung ist die Wachstumsrate 2017 kalenderbedingt nicht höher als 2016.

⁴⁾ Obwohl von Ende 2002 bis Ende 2004 eine Investitionszuwachsprämie ausgeschüttet wurde, war der Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen – Bau- und immaterielle Investitionen wurden nicht gefördert – in den Jahren 2003 und 2004 in Österreich um insgesamt 2,4 Prozentpunkte geringer als im Durchschnitt des Euro-Raumes und um 2,7 Prozentpunkte geringer als in Deutschland; nach dem Auslaufen der Prämie in den Jahren 2005 und 2006 betrug der Rückstand 9 bzw. 15 Prozentpunkte.

Abbildung 2: Konjunkturbild Österreich

BIP real, Trend-Konjunktur-Komponente



Q: WIFO.

Ab 2018 schlägt die restriktive Wirkung der kalten Progression wieder durch.

6.3 Staatshaushalt 2017 konjunkturneutral

Nach der Steuerentlastung 2016 wirken die öffentlichen Haushalte auf der Einnahmenseite auch 2017 expansiv: Die Anhebung der Negativsteuer und des Kinderfreibetrages erhöht die verfügbaren Einkommen. Die Senkung des Dienstgeberbeitrages zum Familienlastenausgleichsfonds von 4,5% auf 4,1% (und auf 3,9% 2018) wirkt sich in jenen Branchen günstig auf die Beschäftigung aus, in denen der Steuerkeil aufgrund niedriger Produktivitätszuwächse bei gleichzeitig guter Auslastung das Wachstum hemmt, also in einigen Dienstleistungsbranchen, etwa im Tourismus. Die öffentlichen Ausgaben sind 2017 hingegen restriktiv ausgerichtet, der Zuwachs des öffentlichen Konsums wird sich verlangsamten. Das Budget für 2017 ist somit konjunkturneutral. Für 2018 sind aus heutiger Sicht einnahmenseitig keine weiteren Budgetmaßnahmen vorgesehen, sodass die restriktive Wirkung der kalten Progression wieder durchschlägt. In der Folge bleibt die Entwicklung der Nettolöhne um ½ Prozentpunkt hinter jener der Bruttolöhne zurück. Die Prognoseannahmen zur Budgetpolitik für 2018 sind jedoch wegen der dann bevorstehenden Nationalratswahl äußerst unsicher.

Übersicht 10: Fiskal- und geldpolitische Kennzahlen

	2013	2014	2015	2016	2017	2018
				In % des BIP		
Budgetpolitik						
Finanzierungssaldo des Staates ¹⁾	- 1,4	- 2,7	- 1,0	- 1,6	- 1,5	- 1,1
Primärsaldo des Staates	1,2	- 0,3	1,3	0,6	0,4	0,6
Staatseinnahmen	49,9	50,0	50,6	49,6	49,5	49,5
Staatsausgaben	51,2	52,8	51,6	51,2	50,9	50,6
				In %		
Geldpolitik						
Dreimonatszinssatz	0,2	0,2	- 0,0	- 0,3	- 0,3	0,1
Sekundärmarktrendite ²⁾	2,0	1,5	0,7	0,4	0,6	1,0

Q: WIFO. 2016 bis 2018: Prognose. – ¹⁾ Laut Maastricht-Definition. – ²⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark).

7. Prognoserisiken

Eine Reihe von Risikofaktoren und unvorhersehbare Schocks können die Rahmenbedingungen der Prognose verändern. Für 2016 spielen derlei Risiken nur eine geringe Rolle, da bereits ein weitreichender Datenkranz verfügbar ist und gleichlaufende Indikatoren wie z. B. die Unternehmens- und Konjunkturumfragen die Entwicklung der Realwirtschaft im IV. Quartal gut abbilden; zudem würden Prognosefehler im IV. Quartal aufgrund des statistischen Überhanges stärker die prognostizierte Jahreswachstumsrate 2017 betreffen als 2016. Allerdings könnte sich das BIP 2016 nachträglich ändern ohne Auswirkungen auf die Konjunktur: Per September 2016 wurde das Osteuropageschäft der UniCredit von Wien (Bank Austria AG) nach Mailand verlegt. Die Gewinne aus dem Osteuropageschäft werden daher künftig der italienischen Volkswirtschaft zugerechnet und die Betriebsüberschüsse in Österreich entsprechend geringer sein, sofern sie bisher nicht den lokalen Märkten zugerechnet wurden. Die Wertschöpfung durch Finanzdienstleistungen wird geringer ausfallen, auf der Verwendungsseite wäre wohl hauptsächlich der Dienstleistungsexport betroffen. Kostenersätze für die in Wien verbleibenden Beschäftigten oder eine Verringerung der Vorleistungen könnten dagegen BIP-erhöhend wirken.

Für 2017 und insbesondere für 2018 ist hingegen auch konjunkturbedingt die Prognoseunsicherheit hoch: Die Kapitalausstattung vieler europäischer Banken ist nach wie vor schwach. Nach der Finanzmarktkrise wurden notleidende Kredite zu zaghaft abgebaut und Strukturprobleme verschleppt. Die fehlende gegenseitige Abstimmung von Fiskal- und Geldpolitik bildet ein weiteres Problem: Die Niedrigzinspolitik der EZB lässt die Zinsmargen der Banken schmelzen, während die kaum expansive Fiskalpolitik wenig zu einer Belebung des Wirtschafts- und Kreditwachstums beiträgt. Zudem sinkt wegen der niedrigen Inflation der reale Wert der Schulden langsamer, sodass die Neuverschuldung geringer ausfällt. Diese Kombination aus schwacher Nachfrage, niedriger Inflation und niedrigen Zinssätzen schwächt die Ertragslage und die Eigenkapitalausstattung der Banken. Das Risiko einer selbsterfüllenden Vertrauens- und anschließenden Finanzmarktkrise – wie sie sich im September 2016 bei der Deutschen Bank andeutete – nimmt zu.

Wie sich am Beispiel der Verhandlungen über das Freihandelsabkommen mit Kanada zeigte, ist die politische Handlungsfähigkeit der EU sehr eingeschränkt, da Partikularinteressen großes Gewicht haben. Dies könnte in den Verhandlungen über einen Austritt Großbritanniens aus der EU harte Konfrontationen und damit eine erhebliche Verschlechterung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der EU und Großbritannien sowie eine stärkere Beeinträchtigung der Realwirtschaft zur Folge haben als in der Prognose unterstellt. Zudem würden unerwartete Turbulenzen auf den Finanzmärkten makroökonomische Verwerfungen auslösen. Als spezielles Risiko könnten sich die Verhandlungen um die britische Finanzbranche entwickeln, denn Unsicherheit darüber, welche Rechte diese wichtigen Devisenbringer⁵⁾ künftig in der EU haben werden, könnte den Pfund-Kurs weiter unter Druck setzen.

Die durch die abwanderungsbedingte Arbeitskräfteverknappung ausgelösten starken Lohnsteigerungen in Ostmitteleuropa könnten Re-Migrationsbewegungen auslösen, die den österreichischen Arbeitsmarkt entlasten. Dies hängt aber davon ab, ob die Zugezogenen aus strukturellen oder aus konjunkturellen Motiven gewandert sind. Falls die konjunkturellen Motive überwogen, könnte eine stärkere Re-Migration entstehen. Falls die strukturellen Beweggründe überwogen (Teilhabe an einer wohlhabenderen Gesellschaft), dürften Arbeitskräfteknappheit und etwas höhere Löhne im Herkunftsland wohl kein ausreichendes Motiv für eine Re-Migration sein.

Eine Zunahme der Konsumnachfrage und ein etwas höheres Wirtschaftswachstum könnten sich dann ergeben, wenn der durch den OPEC-Beschluss verursachte Rohölpreisanstieg nur vorübergehend ist (etwa weil er als nicht glaubhaft eingeschätzt

Die niedrigen Zinssätze bei niedriger Inflation und schwacher Nachfrage belasten die Ertragslage der Banken.

Harte Konfrontationen zwischen der EU und Großbritannien könnten Turbulenzen auf den Finanzmärkten auslösen.

Eine Re-Migration nach Osteuropa würde den Arbeitsmarkt entlasten, ein Rückgang der Rohölpreise oder eine expansivere Fiskalpolitik das Wirtschaftswachstum begünstigen.

⁵⁾ Die Finanz- und Versicherungsdienstleistungen steuerten 2015 zum britischen Leistungsbilanzdefizit von rund 5% des BIP einen Überschuss von rund 3% des BIP bei.

wird) und die Realeinkommenssteigerungen dadurch höher ausfallen. Eine expansiver ausgerichtete Fiskalpolitik – etwa aus politökonomischen Motiven vor der nächsten Nationalratswahl – würde das Wachstum ebenfalls begünstigen. Schließlich scheint es angesichts der günstigen Ergebnisse der aktuellen Konjunkturumfragen möglich, dass die Produktion in Österreich wegen eines stärkeren Anstieges der Erweiterungsinvestitionen oder der Auslandsnachfrage 2017 kräftiger anzieht als prognostiziert.